

## Editorial

### Wahlen

Ein Teil des Weges ist geschafft. Seit der Bürgerschaftswahl in Hamburg haben die Freien Demokraten als einzige Partei der gesellschaftlichen Mitte alle sieben Wahlen auf Landesebene mit Gewinnen abgeschlossen. (Siehe Kasten) Das zeigt einen Trend nach oben, aber noch keinen Durchbruch. Die Rückkehr in die Landesparlamente in Bremen, Rheinland-Pfalz und in Berlin ist zwar erfreulich, darf aber nicht

vergessen machen, dass die Partei in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern den Einzug verpasst hat. Vor uns liegen Wahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bevor der Wiedereinzug in den Bundestag gemeistert werden muss. Viel Arbeit für jeden, der die liberalen Werte im Bundestag und in den Medien vermisst.

Bedrohlich für das demokratische System in Deutschland sind die Zuwächse bei den Rechtspopulisten, der AfD. Die Partei ist kein wirklicher Konkurrent zu den Freien Demokraten, der Wähler austausch ist mi-

nimal. Aber die Zunahme zeigt, dass die Werte unserer Demokratie und des Grundgesetzes bei Teilen der Gesellschaft an Wert verloren haben. Emotionen wie Angst und Hass überlagern die rationale Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart und der Zukunft. Hier haben alle – auch die Freien Demokraten – die Aufgabe, ihre Politik so zu formulieren, dass sie auch wieder die Herzen derjenigen erreicht, die sich heute von den Angst- und Hasspredigern mehr angesprochen fühlen. Eine Einladung ist nötig und keine Verurteilung und Ausgrenzung.

Land	Wahltag	% Wahl 2011	Stimmen Wahl 2011	In % aktuelle Wahl	Stimmen aktuelle Wahl	Diff. in %	Diff. in Stimmen
Berlin	17.09.2016	1,8	26.943	6,7	109.431	+ 4,9	+ 82.488
Meck.-Pom	04.09.2016	2,8	18.943	3,0	24.521	+ 0,2	+ 5.578
Rheinland – Pf.	13.03.2016	4,2	79.343	6,2	132.294	+ 2,0	+ 52.951
Sachsen – Anh.	13.03.2016	3,8	38.173	4,9	54.565	+ 1,1	+ 16.483
Baden-Württ.	13.03.2016	5,3	262.784	8,3	445.498	+ 3,0	+ 182.714
Bremen	10.05.2015	2,4	6.310	6,6	15.560	+ 4,2	+ 9.250
Hamburg	15.02.2015	6,7	46.334	7,4	52.943	+ 0,7	+ 6.609



Peter Schröder  
Landesvorsitzender  
Liberaler Senioren

## Alterssicherung - Kein Wahlkampfspielball für die Politik

Seit etwa einem halben Jahr spielt plötzlich das Thema Renten in der öffentlichen Diskussion und in den Debatten in der Koalition und im Bundestag wieder eine Rolle. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Bundestagswahl vor der Tür steht. Und während früher Norbert Blüm verkünden konnte: „Die Renten sind sicher.“ können sich heute Politiker nicht mehr so leicht aus der Verantwortung stellen.

Die Botschaften sind alle nicht so positiv, wie die letzte Steigerung der Rentenbezüge im Jahr 2016. Entweder steigen die Beiträge der Erwerbstätigen in die Rentenkas-

se in unangenehm hohe Bereiche, z.B. 22 %, oder die Renten fallen auf ein Niveau, z.B. 40 %, das den Sinn einer Rentenversicherung in Frage stellt. Dass sich diese Entwicklung ergeben würde, wissen die Wissenschaftler und die Politiker spätestens seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Frau Nahles will jetzt mit einem Rentenkonzept im November an die Öffentlichkeit kommen. Das Ziel ist, den Absturz der Renten bis 2045 abzufedern und Mindestrenten zu generieren. Wie das geschehen soll, bleibt offen. Höchstwahrscheinlich geht es darum, die verschiedenen Zielgruppen für die

Wahl im Jahr 2017 nicht allzu sehr zu verunsichern.

### Die Ursachen für die Probleme der Alterssicherung in der Zukunft

Heute finanzieren rund drei Erwerbstätige einen Rentner. Im Jahr 2050 müssen zwei Erwerbstätige das schaffen. Die Folge ist, dass ihre Beitragssätze steigen. Auf der anderen Seite stehen die immer älter werdenden Rentenempfänger. Vor zehn Jahren bekamen Männer ihre Rente 16 Jahre, Frauen 21 Jahre. Inzwischen beziehen Männer ihre Rente fast 19 Jahre, Frauen fast 23 Jahre. Tendenz steigend.

In Zeiten historisch niedriger Zinsen ist auch eine private Vorsorge keine Option mehr, denn das zu verzinsende Kapital wirft keinen Ertrag mehr ab. Das Ganze wird noch dadurch verschärft, dass durch die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie vom 21.3.2016 die Beleihung der eigenen Wohnimmobilie zur Finanzierung des Alters für die Banken nicht mehr möglich ist. Und zu viele Menschen verdienen auch schlicht zu wenig, um sich zusätzlich fürs Alter abzusichern. Geringverdiener, Alleinerziehende oder Einzelunternehmer können sich oft keine private Vorsorge leisten.

Auch die immer wieder ins Spiel gebrachte Betriebsrente trifft für viele Rentenbezieher nicht zu, weil ihr Betrieb eine solche Rente nicht angeboten hat und aus wirtschaftlichen Überlegungen eine solche Rente auch nicht anbieten kann.

### Gibt es eine Lösung?

Beim Finden einer Lösung ist es das Wichtigste, die Fakten sauber zu analysieren und ohne Tabus an die Konzeption einer Lösung zu gehen. Dazu gehört: Das Märchen der fälscherweise verbreiteten Meinung, dass die Rente der Erhaltung der Lebensqualität nach Ausscheiden aus dem Berufsleben dient, muss als Fehlmeldung entlarvt werden. Dadurch wird deutlich, dass jeder Einzelne für seine Alterssicherung eigene Verantwortung übernehmen muss. Das ist aber nur möglich,

wenn er von vornherein einen verbindlichen Überblick über die Entwicklung seiner Altersversorgung erhält.

Nach Auffassung der Liberalen Senioren hat sich die Gesellschaft in Deutschland so massiv verändert, dass die alten Systeme der sozialen Sicherung nicht mehr wirkungsvoll sind und eine Krise nach der anderen durchlaufen. (Siehe dazu den Beschluss des Landesvorstandes der Liberalen Senioren NRW) Als das Bismarck'sche Rentensystem eingeführt wurde, lag das Renteneintrittsalter bei 70 Jahren und die mittlere Lebenserwartung eines Mannes lag bei 57 Jahren. Damit war klar, dass die Wenigsten jemals in den Genuss einer Rente kommen konnten.

Als Adenauer das System in einen Generationenvertrag verwandelte, rieten ihm viele Fachleute, den Empfängerkreis der Rente nicht nur auf die ältere Generation zu beschränken, sondern alle nicht Erwerbstätigen, wie Kinder und Jugendliche auf der einen Seite und Ältere auf der anderen zu Empfängern zu machen, was ihm aber zum Gewinnen der Wahl 1957 nicht ausreichend wirkungsvoll erschien. Das hätte aber im Zustand der augenblicklichen demografischen Entwicklung die Rentenversicherung vor einer weiteren Krise bewahrt. Seit Beginn der Rentenversicherung dienten Versprechen und Zusagen immer wieder Politikern im Wahlkampf, was wesentlich zur

Zerstörung des Systems führte.

Die demografische Entwicklung, der Trend zu Kleinfamilien und Single-Haushalten, Sprünge und Verwerfungen in den Erwerbsbiografien und politisch motivierte Entnahmen aus der Rentenkasse für versicherungsfremde Leistungen haben das System der Rentenversicherung funktionsunfähig gemacht. Wahllose Reparaturen an Stellschrauben des Systems sind nicht geeignet, das System wieder in einen stabilen Zustand zu bringen.

Deshalb braucht man zukünftig Transparenz mit Vorsorgekonten, die auch typisierte sonstige Einkünfte enthalten (z.B. Vermietungs- und Zinserträge). Ein ständiger Zugriff auf die Daten müsste in einer digitalisierten Welt machbar sein, die Verlässlichkeit steigern und würde die Verantwortung des Einzelnen für seine Alterssicherung erhöhen.

Interessant sind auch völlig neue Modelle, die bei einigen Senioren-genossenschaften praktiziert werden. Dabei gibt es Konten mit Bewertungen für Erwerbs-, Familien- und ehrenamtliche Arbeit, die als Zeitkonten geführt werden. Dabei erhalten Mitglieder, die für die Senioren-genossenschaft tätig sind, für diese Zeit eine Gutschrift auf ihr Mitgliederkonto, welche sie bei eigener Hilfebedürftigkeit für das Empfangen von Hilfeleistungen verwenden können.

## Der Landesvorstand der Liberalen Senioren NRW hat am 26.09.2016 beschlossen:

*Die Liberalen Senioren NRW fordern die Ablösung des bisherigen Systems der Alterssicherung durch ein neues, der gesellschaftlichen Realität angepassten und dem Einfluss von Politikern entzogenes Modell Alterssicherung 2.0. Dazu ist es nach Auffassung der Liberalen Senioren NRW notwendig, ohne Tabus mit den Fehlinformationen und Versprechen der Vergangenheit aufzuräumen. Die Behauptung, dass die Rente der Sicherung des Lebensstandards im Alter dienen soll, muss als Märchen entlarvt werden. Die eigene Vorsorge muss für die Alterssicherung verbindlich und die Verantwortung dafür muss auf den Einzelnen übertragen werden. Dazu benötigt jeder aber verlässliche Informationen, die seine Entscheidungen unterstützen.*

*Überlegungen dieser Art müssen auch auf das System der Pensionen für Beamte ausgeweitet werden. Die sich hier öffnende Schere zwischen Rentnern und Pensionären spaltet die Gesellschaft und führt zu einer Entfremdung.*

## Gibt es eine Zukunft für die traditionelle Alterssicherung?

### Bericht über eine Veranstaltung der FDP-Landtagsfraktion

Die FDP Landtagsfraktion hatte zu einem Werkstattgespräch zum Thema „Zukunft der Alterssicherung: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ eingeladen. Etwa sechzig interessierte Bürger und Fachleute waren gekommen, um an der Diskussion teilzunehmen. Die Werkstatt wurde von Dr. Joachim Stamp, stellv. Vorsitzender der FDP Landtagsfraktion eröffnet. Danach übernahm Ulrich Alda, MdL die Diskussionsleitung unter den vier Diskutanten auf dem Podium. Von der liberalen Seite sprachen Moritz Körner, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen und Peter Schröder, Landesvorsitzender der Liberalen Senioren NRW. Von der wissenschaftlichen und fachlichen Seite nahmen Dr. Joachim Pimpertz, Leiter des Kompetenzfelds Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung und Verteilung am Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln und Uwe Amrhein, Leiter Generali Zukunftsfonds, teil.

Einig waren sich alle Referenten, dass sich seit der Einführung durch Bismarck und der Rentenreform durch Adenauer die Gesellschaft beträchtlich verändert habe. So wies zum Beispiel Dr. Pimpertz darauf hin, dass das Bismarck'sche Modell einen Renteneinstieg mit 70 vorgesehen habe und die mittlere Lebenserwartung damals deutlich darunter lag. Diese Ausgangslage habe sich seit Bismarck umgekehrt.

Uwe Amrhein, der mit seinem Generali Zukunftsfonds die Entwicklung der Gesellschaft ständig überprüft, wies auf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen denjenigen hin, die eine Rente beziehen und denjenigen, die durch ihre Beiträge diese Rente finanzieren. Hier hätten sich gravierende Veränderungen zulasten der Beitragszahler ergeben. Er forderte auch neue Überlegungen



mit getrennten Konten zur Erfassung der Erwerbsarbeit, der Familienarbeit und der ehrenamtlichen Arbeit. Dabei sollten die Konten der Familienarbeit und der ehrenamtlichen Arbeit nicht monetär geführt werden.

Moritz Körner von den Jungen Liberalen bekannte sich zur Verantwortung der jüngeren und mittleren Generation für die Sicherung der finanziellen Situation der Älteren. Es müsse aber berücksichtigt werden, dass die Alterssicherung nicht unbedingt im Fokus der jungen Generation läge. Dafür sei der Renteneintritt einfach noch zu weit entfernt.

Für die Liberalen Senioren forderte deren Landesvorsitzender Peter Schröder für den Fortbestand der Rentenversicherung drei wesentliche Elemente. Erstens mehr Verlässlichkeit und keine weiteren Eingriffe in den Rentenfonds mit politisch motivierten Wohltaten, wie die Mütterrente oder die Rente mit 63. Zweitens die Einrichtung von Vorsorgekonten, die es den Versicherten möglich machten, einen ständigen Überblick über ihre Altersversorgung zu behalten unter Einbeziehung aller verschie-

dener Sicherungsmodelle und Arbeitsstätten. Das müsse in einer digitalisierten Welt möglich sein. Damit könne dann auch jeder seinen Ausstieg aus dem Berufsleben flexibel selbst gestalten ohne Überraschungen zu erleben. Drittens müsse bei der Frage der Generationengerechtigkeit auch die unterschiedliche Belastung von jungen Familien durch landestypisches Recht (Kindergartenbeiträge und OGS-Beiträge) berücksichtigt werden.

Schröder wies in seinem Beitrag auch auf die alte Indianerweisheit hin: „Wenn du merkst, dass dein Pferd tot ist, absteigen.“ Aus Sicht der Liberalen Senioren hat sich die Gesellschaft so intensiv verändert, nicht nur durch den demografischen Wandel, sondern auch durch die Entwicklung zu mehr Single-Haushalten, durch eine wesentliche Erhöhung der Lebenserwartung und vieles mehr. Deswegen sei es nicht sinnvoll, eine Maschine zu reparieren, die vom Grundsatz her nicht mehr funktionieren könne. „Wir sollten einmal über eine Altersvorsorge 2.0 oder 4.0 nachdenken und uns von Tabus freimachen.“

## Liberalen Senioren auf dem (Neu)Mitgliederkongress der FDP in Düsseldorf



Mit den Landesvorstandsmitgliedern Max Marnet, Volkmar Schrimpf und Peter Schröder waren die Liberalen Senioren mit einem Infostand auf dem elften (Neu)Mitgliederkongress der Freien Demokraten in NRW vertreten. Die Veranstaltung wurde von rund 250 Mitgliedern besucht.



Bei der Saalveranstaltung stellten sich neben den Jungen Liberalen, dem Liberalen Mittelstand auch die Liberalen Senioren in einer lockeren Talkrunde vor. Dabei wurden die Vorfeldorganisationen nach ihrer Arbeitsweisen und ihren Grundsätzen vom Moderator befragt. Für die Liberalen Senioren wurde der Leitsatz „Chancen Ü 50“ erläutert und die neuen Mitglieder der Freien Demokraten aufgefordert, nach dem Ausscheiden aus den Jungen Liberalen, also mit 35, den Übergang zur Liberalen Senioren zu finden. Nur so könnten sie dafür sorgen, dass sie im Seniorenalter eine Gesellschaft ohne Diskriminierung und mit großen Teilhabemöglichkeiten vorfinden.

## Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung der Liberalen Senioren am 1.10.2016 in Mainz

Die Mitglieder- und Delegiertenversammlung der Liberalen Senioren verurteilt die durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie vom 11. März 2016 ausgelöste Diskriminierung von Senioren bei der Immobilienfinanzierung. Sie fordert die Bundesregierung auf, dass die durch deutsches Recht verschärfte Umsetzung der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge vom 4.2.2014 so zu ändern, dass bei der Kapitaldienstfähigkeit von Kreditnehmern keine Altersdiskriminierung stattfindet.

## Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht überprüfen

Wer sicher gehen möchte, dass die eigenen Wünsche im Ernstfall berücksichtigt werden, sollte jetzt die vorhandene Patientenverfügung bzw. Vorsorgevollmacht überprüfen. Laut Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 06. Juli 2016 (Az. XII 61/16) verlieren viele Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten ihre bindende Wirkung, wenn die Festlegungen zu Art und Umfang der gewünschten bzw. nicht gewünschten ‚lebensverlängernden‘ Maßnahmen nicht präzise ausgedrückt sind. Ohne diese Präzisierung haben Ärzte und Betreuer im Ernstfall keine Möglichkeit, den Willen des Betroffenen zu eruieren, so dass Patienten möglicherweise am Leben gehalten werden, obwohl keine Aussicht auf Heilung besteht und der Patient dieses nicht gewollt hat.

## Steuerecke

### Hausnotruf-Kosten können Steuern mindern

Die Kosten für eine Hausnotrufanlage sind bei der Einkommensteuer berücksichtigungsfähig. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat im Gegensatz zum Finanzgericht Hamburg (Az. 3 K 245/08) unlängst in einem Urteil (Az. VI R 18/14) entschieden, daß der Hausnotruf als haushaltsnahe Dienstleistung gilt und in der Steuererklärung steuermindernd angegeben werden kann.

### Straßenausbauskosten können haushaltsnahe Handwerkerleistungen sein

Das Finanzgericht Nürnberg hat in seiner Entscheidung vom 24.06.2015 (7 K 1356/14) entschieden, daß Kosten für den Straßenausbau und den Ausbau des Gehweges als Handwerkerleistungen i.S.v. § 35a EStG anzuerkennen sind.

Die Finanzverwaltung hatte gegen dieses Urteil zunächst Revision beim Bundesfinanzhof (BFH) eingelegt, diese zwischenzeitlich aber wieder zurückgenommen. Das Urteil des Finanzgerichtes ist daher rechtskräftig geworden und es ist davon auszugehen, daß die Finanzbehörden ihre bisher anders lautende Rechtsauffassung aufgegeben haben.

Bis zur Änderung der Einkommensteuer-Richtlinien sollte bei entsprechenden Maßnahmen bei der zuständigen Stadt oder Gemeinde eine Aufteilung der Kosten nach Material- und Lohnaufwand beantragt werden. Diese Bestätigung sollte dann mit dem Zahlungsnachweis der Einkommensteuer-Erklärung beigefügt werden.

#### Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW  
 Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.  
 Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf  
 Tel: 0211-497090 • Fax: 0211-4970950  
 Email: info@liberale-senioren-nrw.de • www.liberale-senioren-nrw.de  
 Erscheinungsweise: unregelmäßig, ca. 4 mal im Jahr  
 Redaktion: Rheinild Sachtleben, Peter Schröder, Volkmar Schrimpf  
 Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.